

## Bern

# Lärmproblem nicht so schlimm wie angenommen

Die Anzahl «kritischer» Kleinkaliberanlagen musste vom Kanton Bern nach unten korrigiert werden.

## Simona Benovici

Im Mai legte der Kanton Bern einen Expertenbericht vor, der für die Zukunft der bernischen Kleinkaliber-Schiessanlagen nichts Gutes erahnen liess: Mehr als jede dritte Anlage wurde darin als «kritisch», die Lärmbelastung als «möglicherweise zu hoch» ausgewiesen. Bei 66 der 187 bernischen Schiessstände, wo mit Kleinkalibergewehren und -pistolen, Jagdgewehren und Schrotflinten geschossen wird, könne eine Sanierungspflicht «nicht ausgeschlossen» werden. Für die Betreiber der Anlagen, meist Vereine und private Schützengesellschaften, waren das düstere Aussichten: Sie müssten die lärmschutzkonforme Nachrüstung berappen - sofern sich die Lärmbeurteilung bewahrheitet.

## Anlagen gar nicht mehr in Betrieb

Erste Detailabklärungen des Amts für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zeigen nun aber, dass das Problem zumindest nicht ganz so gross ist, wie der im Frühling erstellte Groblärmkataster vermuten liess: Die Zahl der als kritisch eingestuften Anlagen wurde von ursprünglich 66 auf 51 korrigiert, wie eine dem «Bund» vorliegende Liste zeigt. Damit reduziert sich die Zahl der möglicherweise sanierungspflichtigen Schiessstände um fast ein Viertel - und das, noch bevor überhaupt die Resultate der angeordneten Lärmmessungen vorliegen. Wie ist das möglich? Der Groblärmkataster sei gestützt auf ein Anlagenverzeichnis des Amts für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär erstellt worden, sagt Rolf Mühlemann vom AGR. Allerdings: Heute sind gar nicht mehr alle der darin verzeichneten Anlagen in Betrieb, wie Mühlemann erklärt.

## Dringlichster Fall: Werte korrekt

Vorerst liegt dem Kanton erst eines der 51 eingeforderten Lärmgutachten vor. Allerdings lässt dieses aufhorchen: Experten bestätigen, dass die Immissionsgrenzwerte bei der Jagdschiessanlage Bergfeld ob Hinterkappelen eingehalten werden. Ein überraschendes Resultat, hatte doch der Kanton die Abklärungen bei dieser Anlage mit einer gewissen Dringlichkeit vorangetrieben. «Wir haben Bergfeld vorgezogen, da wir das Ge-

fühl hatten, dass von dieser Anlage das grösste Lärmproblem ausgeht», sagt Mühlemann.

## Zusätzlicher Schallschutz effektiv

Die Messungen zeigen, dass die Auswirkungen des Schiesslärms nicht so gravierend sind wie ursprünglich angenommen. Wie die Jagdschützen Bern mitteilen, hätten die abschliessenden Lärmmessungen ergeben, dass die Anforderungen von Umweltschutzgesetz und Lärmschutzverordnung in der ganzen Anlage Bergfeld eingehalten würden. Eine Erstbeurteilung hat laut den Anlagenbetreibern bei einem Messpunkt zwar durchaus «eine knappe Überschreitung» des Immissionsgrenzwertes (65 Dezibel) ergeben - von übermässigem Schiesslärm waren aber nicht wie noch im Groblärmkataster angenommen 162 Liegenschaften betroffen, sondern nur ein Einfamilienhaus.

Zum Schutz der Anwohner habe man provisorische Lärmschutzwände aufgestellt, deren Wirkung bei Nachmessungen überprüft worden seien, schreiben die Jagdschützen. Die Wände sollen in den nächsten Monaten durch feste Installationen ersetzt werden. «Damit sind die Anforderungen in der ganzen Anlage Bergfeld erfüllt», schreiben sie.

## Tendenziell noch weniger Stände

Vom Fall Bergfeld lassen sich laut Mühlemann keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Schwere der Problematik bei anderen Schiessständen ziehen. Allerdings habe man sich mit dem Groblärmkataster eher auf der «sicheren Seite» bewegen wollen. «Wir wollten die Spreu vom Weizen trennen.» Topografische Gegebenheiten, bestehende Schalldämpfungen und lärmmindernde Massnahmen seien damals nicht berücksichtigt worden. «Tendenziell wird sich also der Kreis der wirklich kritischen Anlagen eher verringern.»

Das AGR will nun das Lärmgutachten Bergfeld prüfen und im Anschluss entscheiden, ob eine Sanierungsverfügung zu ergehen hat. Gleiches gilt für die Lärmgutachten der übrigen, im ersten Umgang als kritisch beurteilten Anlagen. Sie alle müssten bis spätestens 2015 von Gesetzes wegen saniert sein.

## Einlagerung: Stabe kommen bald nach Hause in die Verwaltung

Die Rückführung der Stadtbauten in die Verwaltung auf Anfang 2014 ist seit gestern beschlossene Sache.

Die Stadtbauten Bern werden Anfang 2014 definitiv wieder in die Verwaltung eingegliedert. 2011 hatten sich über 82 Prozent der Stimmdenden dafür ausgesprochen, die Stadtbauten in die Verwaltung rückzuführen. Und gestern hat der Stadtrat dem Unterfangen mit 49 zu 18 Stimmen grünes Licht gegeben. Dies, obwohl die Rückführung mehr als viermal so viel kostet wie geplant. Ursprünglich sollte das Stadtparlament 485 000 Franken bewilligen, nun aber hat es zu 2 265 000 Franken Ja gesagt. Vor allem die Beträge für das IT-System, die die Stadt bezahlen muss, fielen viel höher aus als vorgesehen (siehe dazu «Bund» vom 23. Oktober). Peter Ammann (GLP) lieferte gestern als Sprecher der Finanzkommission drei Erklärungen für die hohen Kosten: der enge Zeitrahmen, der Umstand, dass es keine «All-in-one-Lösung» ist, sondern eine, die die Finanz- und die Präsidialdirektion betrifft, und schliesslich, dass die Stadt, die nicht auf Open-Source-Lösungen setzt, nun einmal Lizenzgebühren für Software bezahlen muss. Trotz zum Teil heftiger Kritik an den hohen IT-Kosten stimmte der

Stadtrat der Rückführung schliesslich ganz klar zu.

## «Vorwärts Kameraden, zurück»

Damit wird nach elf Jahren ein umstrittenes Projekt abgebrochen. Die Stadtbauten zeichneten verantwortlich für zwei Bauprojekte, die nicht nur finanziell aus dem Ruder liefen: den Bärenpark und den neue Feuerwehrstützpunkt. Doch die Stadt sparte mit der Auslagerung auch viel Geld: Über 20 Millionen Franken musste sie pro Jahr weniger abschreiben. Weil sich aber per 2014 die Abschreibungsvorschriften ändern, brächte die Auslagerung künftig keine Ersparnisse mehr. Von einer Rückführung erhofft man sich wieder klare politische Verantwortlichkeiten. Peter Künzler, Sprecher der GFL/EVP-Fraktion, fasste es so zusammen: «Vorwärts Kameraden, wir müssen zurück.»

Teile der Stadtbauten Bern und die Liegenschaftsverwaltung werden nun zu «Immobilien Stadt Bern» (ISB). Und: Die Stadt Bern erhält wieder einen Stadtbau-meister. Er wird das neue Hochbauamt führen. Dieses wird, anders als der Rest der bisherigen Stabe, Teil der Präsidialdirektion sein. Die SP kam gestern - zum offensichtlichen Missfallen der erzürnten Finanzdirektorin Hayoz - mit der Forderung durch, dass auch das Baumanagement der Liegenschaftsverwaltung dem Hochbau und damit dem Stadtpräsidenten unterstellt wird. (tik)



Foto: Franziska Scheidegger

**Bäumig** Wegen des Lichtspektakels auf dem Bundesplatz steht dort kein Weihnachtsbaum mehr. In die Bresche springt die Burgergemeinde mit einer Douglasie, die vor dem Historischen Museum wächst und mit 14 000 Lämpchen ausgerüstet wird. Der neue Weihnachtsbaum soll nun jedes Jahr zur Altstadt hinüberleuchten, teilt die Burgergemeinde mit. (sda)

## Keine Auslagerung: Baut Stadt unnützes IT-Zentrum?

Der Stadtrat sagt Ja zum umstrittenen neuen Rechenzentrum und zu einer 28-Millionen-Sanierung.

### Timo Kollbrunner

Die Rochade innerhalb der Stadtverwaltung ist besiegelt: Die Steuerverwaltung und die Stadtbauten Bern, die Anfang 2014 in die Verwaltung rückgeführt werden (siehe Text nebenan), ziehen ins Gebäude an der Schwanengasse 14 neben die Kleine Schanze. Dafür muss das Haus, das seit den 1970er-Jahren der Stadt gehört, gesamt saniert werden. Der Gemeinderat will den «angestaubten Gebäudekomplex» zu einem modernen Verwaltungsgebäude machen, zu einem «Gebäude für die Bevölkerung», wie Finanzkommissionssprecher Rudolf Friedli (SVP) gestern sagte, mit einer «schönen Eingangshalle gegen die Bundesgasse» (Finanzdirektorin Barbara Hayoz). Kostenpunkt: stolze 27,8 Millionen Franken.

Das sei viel Geld auf einmal, sagte Rudolf Friedli, aber wenn man es nie richtig mache, komme man aus dem Sanieren nicht mehr heraus. Der Rat folgte seiner Bitte, er stimmte dem Kredit mit 53 Ja-Stimmen gegenüber 2 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen zu.

Im renovierten Verwaltungsgebäude sollen künftig 300 Personen arbeiten, 45 mehr als heute. Für die Steuerverwaltung und die Stadtbauten machen die Informa-

tikdienste, das Vermessungsamt und das Finanzinspektorat Platz - sie verlassen das Gebäude und ziehen in das Beerhaus an der Bümplizstrasse 45, beim Bahnhof Bümpliz-Nord. Dieses Haus wurde 1974 als Vorhang-Produktionsstätte von Möbel Pfister erbaut, ging 1978 in den Besitz der Stadt über und wurde vor fünf Jahren saniert. Heute werden die meisten Geschosse nicht genutzt. Nun soll das Haus innen ausgebaut werden, und im Untergeschoss soll ein neues städtisches Rechenzentrum entstehen.

### Informatiker skeptisch

Insgesamt kosten diese Vorhaben 10,6 Millionen Franken. Fast 5 Millionen Franken davon fallen auf das neue Rechenzentrum ab. EVP-Stadtrat und IT-Spezialist Matthias Stürmer hält dies für schlecht investiertes Geld. Er ist der Meinung, es wäre viel sinnvoller, die Server der Stadt in ein bestehendes, modernes Rechenzentrum zu stellen (im Fachjargon: «Collocation»), statt ein eigenes zu bauen, das technisch schon heute überholt sei. So seien etwa im städtischen Rechenzentrum nur eine Stromzufuhr und ein Dieselstromgenerator vorgesehen, was nicht «state of the art» sei, sagte er. Ein eigenes Rechenzentrum rechnete sich gemäss Gemeinderat überdies erst dann, wenn man es über 20 Jahre abschreiben kann. «Aber was in der IT hält schon 20 Jahre?», fragte Stürmer, der fand, beim Vergleich der Kosten seien Äpfel nicht mit Birnen, sondern mit Nüssen verglichen worden. Der Bau eines eigenen

Rechenzentrums sei zudem «ökologischer Blödsinn.» Stürmers Hauptkritik: «Es wurde gar nie ernsthaft geprüft, ob die Stadt ihr Rechenzentrum auslagern könnte.» Sunkurs erhielt Stürmer von Daniel Klausner (GFL): Einige der vom Gemeinderat präsentierten Zahlen seien «schlicht nicht plausibel», sagte der, und die Ausarbeitung durch den Informatikdienst sei «dilettantisch» gewesen. Klausners Fazit: «Ich habe kein gutes Gefühl bei der Sache.»

Barbara Hayoz sagte, der Gemeinderat sei für ein eigenes Rechenzentrum: Nur so bestehe vollständige Kontrolle, und nur so gebe man sich nicht in die Hände eines Anbieters. Es habe keine eindeutigen Hinweise gegeben, dass eine Collocation-Lösung massiv günstiger wäre, sagte Hayoz. Der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums sei «eine Glaubensfrage», sagte sie, und appellierte: «Entscheidet euch.» Ökonomin Hayoz fand schliesslich bei einem grösseren Teil der Räte Gehör als IT-Fachman Matthias Stürmer: Dessen Antrag, die Leistungen des Rechenzentrums öffentlich auszuschreiben, wurde mit 32 Neigen gegenüber 22 Ja-Stimmen abgelehnt - viele Fraktionen stimmten nicht geschlossen. Und gleich darauf verabschiedete der Stadtrat den Gesamtkredit von 10,57 Millionen Franken mit einer einzigen Gegenstimme. Das Rechenzentrum wird also gebaut, und es gilt, was Barbara Hayoz sagte: «Wer nun recht hatte, werden wir erst in einiger Zeit wissen.»